

«Zweckbindungen können problematisch sein»

Wenn die Schweiz ihre Mehrwertsteuer per 1. Januar 2011 erhöht, wird auch Liechtenstein nachziehen. Das spült jährlich rund 5 bis 10 Mio. Franken zusätzlich in die Staatskasse. Nun stellt sich die Frage, ob das Geld zweckgebunden verwendet werden soll.

Von Desirée Vogt

Ab 2011 erhöhen die Schweizer die Mehrwertsteuersätze – allerdings nur für einen Zeitraum von sieben Jahren. Mit den zusätzlichen Einnahmen will die Schweiz ihre überschuldete Invalidenversicherung (IV) sanieren. Liechtenstein ist zwar nicht zwingend auf die Mehreinnahmen von rund 5 bis 10 Mio. Franken angewiesen, wird aber nicht zuletzt aufgrund des Staatsvertrags mit der Schweiz nachziehen. Ausserdem kommt das zusätzliche Geld in Zeiten der Wirtschaftskrise nicht ganz ungelegen. Jetzt geht es allerdings darum, zu überlegen, ob die Gelder zweckgebunden verwendet werden sollen. In der Vergangenheit flossen Mehreinnahmen in den allgemeinen Staatshaushalt, Zweckbindungen waren nicht üblich. Doch nun hat die FBP eine Motion eingereicht und will, dass die Gelder für

die Arbeitslosenversicherung verwendet werden. Ob das Sinn macht, wird der Landtag entscheiden müssen. Denn Zweckbindungen können nicht nur, aber vor allem dann problematisch sein, wenn die jährlichen Erträge schwer kalkulierbar sind.

Keine Kehrtwende vollziehen

So steht auch die VU-Abgeordnete Diana Hilti Zweckbindungen von Steuererträgen und damit der Idee der FBP grundsätzlich skeptisch gegenüber. «Dies ist keine nachhaltige Politik. Regierung und Landtag haben aus diesem Grunde in den letzten Jahren bestehende Sonderfinanzierungen und Sonderkassen konsequent abgeschafft. Hier wieder eine Kehrtwende zu machen, halte ich nicht für richtig.» Insbesondere Mehrwertsteuererträge seien schwer kalkulierbar, da sie als Umsatzsteuer stark von der Wirtschaftslage abhängig seien. Vor diesem Hintergrund können laut Hilti zwei Probleme entstehen: Entweder die Steuererträge sind zu tief und es können die finanziellen Probleme



Mehrwertsteuererträge sind schwer kalkulierbar und von der Wirtschaftslage abhängig.

Diana Hilti
VU-Landtagsabgeordnete

nicht saniert werden, oder die Steuererträge sind zu hoch, es findet eine Übersanierung statt und das Geld wird in einer separaten Kasse angehäuft. «Ich persönlich bin daher dafür, die Grundprobleme generell zu lösen und die Finanzierung der ein-



In den allgemeinen Staatshaushalt fliessen lassen oder zweckgebunden verwenden? Der Landtag wird darüber diskutieren müssen, was mit den zusätzlichen Mehrwertsteuereinnahmen von jährlich rund 5 bis 10 Mio. Franken geschieht, die ab 2011 in die Staatskasse gespült werden.

Bild Archiv

zelnen Institutionen nachhaltig zu gestalten.»

Nur eine «Lösung» auf Zeit

Zwar kennt Hilti den genauen Text der von der FBP eingereichten Motion noch nicht. Sie sieht diese aber im Zusammenhang mit einer Kleinen Anfrage zur Situation bei der Arbeitslosenkasse, die VU-Fraktionssprecher Peter Hilti im letzten Landtag gestellt hat. Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer habe in seiner Antwort ausgeführt, dass die ALV per Ende des Jahres schätzungsweise noch über ein Vermögen von 20 Mio. Franken ver-

fügt, und im Jahr 2009 mit Aufwänden von ca. 14,8 Mio. Franken für Kurzarbeits- und Arbeitslosenentschädigungen gerechnet werden müsse. Zudem rechne er auch für das Jahr 2010 mit einem weiteren Vermögensabbau.

«Diese Zahlen zeigen, dass hier ein dringender Handlungsbedarf besteht. Trotzdem befürworte ich eine Zweckbindung der Mehrwertsteuereinnahmen zur allfälligen Entschärfung dieser Problematik nicht», führt Diana Hilti weiter aus. Gegen eine Zweckbindung spreche nämlich auch, dass die in der Schweiz beschlossene

Mehrwertsteuererhöhung zeitlich begrenzt sei. «Es wäre also schon mit der Einführung klar, dass die Finanzierungsfrage für die ALV in absehbarer Zeit wieder auf dem Tisch liegt, denn Liechtenstein ist aufgrund der staatsvertraglichen Vereinbarungen mit der Schweiz nicht autonom in der Gestaltung des Mehrwertsteuerrechts», erklärt Hilti. Zudem sei die Erhöhung erst im Jahr 2011 geplant. «Ich gehe davon aus, dass bei der Arbeitslosenversicherung nun sehr rasch und vor dem Jahr 2011 Massnahmen ergriffen werden müssen, um die Grundprobleme der Arbeitslosenkasse und deren Finanzierung zu lösen.» Entsprechende Vorarbeiten würden ihrer Kenntnis nach auch schon vorliegen, eine Vernehmlassung von Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer sei auch bereits für diesen Herbst angekündigt. «Das ist meines Erachtens auch der richtige Weg.»

Noch nicht zur Thematik äussern möchte sich der FL-Abgeordnete Pepo Frick. Ihm liege die Motion der FBP noch nicht schriftlich vor. Solange er deren Inhalt nicht kenne, könne er sich zu einer Zweckbindung nicht äussern.

Eigener Bericht und Antrag geplant

Die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes wurde übrigens bewusst nicht ins neue liechtensteinische Mehrwertsteuergesetz aufgenommen, wie Regierungschef Klaus Tschütscher gestern bekannt gab. Die Erhöhung des Satzes stelle ein eigenes Thema dar. Deshalb werde die Regierung dazu einen eigenen Bericht und Antrag zuhänden des Landtags verabschieden. «Wenn möglich noch in diesem Jahr, spätestens aber Anfang des nächsten Jahres», so Tschütscher.